

noch Alleingänge einzelner Bundesländer für hilfreich. Warten wir es ab. Vielleicht ereilen uns die Ergebnisse dieser Arbeiten aus Berlin während der Ausschussdebatte. Es könnte sie bereichern. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Wie gerade schon in verschiedenen Wortbeiträgen deutlich geworden, empfiehlt uns der Ältestenrat die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/6258** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Verkehrsausschuss**. Die abschließende Beratung und die Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich fragen, ob es hierzu Gegenstimmen gibt? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

6 Heimat schützen! – Kiesabbau am heimischen Bedarf ausrichten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6242

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6324

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6351

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Abgeordneten Becker das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer in den letzten Wochen am Niederrhein war, konnte feststellen: Am Niederrhein herrscht große Sorge und Empörung. Es herrscht Sorge und Empörung, weil befürchtet wird, dass das, was in den letzten Jahren am Niederrhein schon zu viel war, weiter gesteigert wird, nämlich der Abbau und der Raubbau an der Heimat durch Auskiesung.

Wer sich mit dem Landesentwicklungsplan beschäftigt – und das haben die Menschen vor Ort getan –, kann feststellen, dass durch die Änderung, die Sie vorsehen, dieser Raubbau beschleunigt wird und die Sorge berechtigt ist. Sie wollen die Versorgungszeiträume ausdehnen. Allein diese Ausdehnung der Versorgungszeiträume würde dazu führen, dass in den kommenden Jahren 300 Hektar zusätzliche Auskiesungsflächen geschaffen würden.

Nicht nur der Kreis Wesel – aber der mit einem Antrag von CDU und Grünen – hat darauf hingewiesen, dass das ein unhaltbarer Zustand ist und diese Änderung am LEP gegen die Interessen des Kreises Wesel und vieler Kommunen steht. Deswegen fordern sie, dass das zurückgenommen wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Bevor der LEP in die Schlussabstimmung kommt und es aus formalen Gründen nicht mehr möglich ist, Abstimmungen zu einzelnen Bereichen durchzuführen, geben wir Ihnen heute Gelegenheit, an dieser Stelle eine Umkehr – weg von den verlängerten Versorgungszeiträumen – einzuleiten. Gleichzeitig geben wir Ihnen Gelegenheit, einer Wiedereinführung der obligatorischen Konzentrationszonen mit Eignungswirkung zuzustimmen. Die ist nötig, um zu verhindern, dass sich Kiesausgrabungsfirmen bei jeder Gelegenheit einklagen, um abgraben zu können.

Wir eröffnen Ihnen mit diesem Antrag außerdem die Möglichkeit, nicht nur so zu tun, als wollten Sie etwas an den fehlerhaften Möglichkeiten, Bedarf zu ermitteln – indem man einfach den Durchschnitt der letzten Jahre nimmt –, ändern. Vielmehr könnten Sie das in einem Zeitraum tun, in dem nicht in der Zwischenzeit wegen der anderen Änderungen in die Fläche eingegraben wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir Grünen nehmen zur Kenntnis, dass Sie heute einen Antrag mit Lyrik vorstellen und sagen, dass auch Sie einen Ausgleich wollen. Aber im Beschlussteil kommen Sie zu nichts anderem als Abgrabungskonferenzen, mit denen Sie den Kommunen die Verantwortung zuschieben.

Sie wollen die Ausschöpfung der Rohstoffmächtigkeit. Das führt zu zusätzlichen Wasserproblemen. Aber das eigentliche Problem gehen Sie nicht an: den LEP, der dazu führen wird, dass Naturschutz, Landschaftsschutz und Trinkwassergebiete zum Opfer dieser Ausgrabungshysterie werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will noch auf einen Punkt hinweisen, der jedenfalls für uns wesentlich ist, und den wir auch aus den Gesprächen vor Ort immer wieder mitgenommen haben: Die Bedarfsermittlung

hat sich im Wesentlichen am Bedarf hier in Nordrhein-Westfalen – maximal noch an dem benachbarter Bundesländer – auszurichten. Er hat sich jedenfalls nicht an den Niederlanden auszurichten, die selbst eine restriktive Politik gegen die Auskiesung ihrer Heimat betreiben.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das habt ihr doch selber eingeführt!)

Wir können es nicht akzeptieren, dass wegen der Exporte dorthin am Niederrhein ein Loch nach dem anderen entsteht und letztlich nur noch eine Seenplatte bleibt. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – 1:39 Minuten. – Herr Kollege Rehbaum hat nun für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr.

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bedarf an Rohstoffen für Wohnungsbau, Radwegebau, Straßenbau, Brücken-, Straßen- und Stadtbahnsanierung ist so groß wie nie. Der Rohstoffmangel ist zu einem von mehreren Engpassfaktoren geworden, und die Rohstoffvorkommen für Sand, Kies, Kalkstein oder Ton sind regional sehr unterschiedlich verteilt.

Ähnlich wie bei der Windkraft führen derart gravierende Eingriffe in Landschaft und Natur zu Widerständen bei den Bürgern vor Ort. Die Sorgen der Bürger nehmen wir sehr ernst, und die Abgeordneten der Koalition in den Wahlkreisen stehen seit Monaten in einem aktiven Austausch mit den Bürgern. Sie vertreten die Interessen ihrer Regionen hartnäckig – für vernünftige Kompromisse hier in Düsseldorf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der vorliegende Antrag zeigt die ganze Doppelmoral, mit der die Grünen in Nordrhein-Westfalen in Sachen Rohstoffen unterwegs sind. 500 Hektar wurden seit 2010 bis heute allein im RVR-Gebiet – und damit maßgeblich im Kreis Wesel – zur Rohstoffgewinnung erschlossen. Diese Kiesgruben haben ihre Grundlage auch in rot-grünen Beschlüssen und in einsamen Entscheidungen der Planungsabteilung des Regionalverbands Ruhr.

Der RVR mit seinem grünen Chefplaner ist bis heute verantwortlich für Ausweisungen von Abgrabungsflächen im Kreis Wesel und wird das auch weiterhin bleiben.

Auch die zugrundeliegende, gerade noch kritisierte Bedarfsermittlung wurde 2011 von Rot-Grün eingeführt.

(Zuruf: Hört, hört! – Zuruf von der SPD: Weil es vorher noch schlimmer war! – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Gestern noch außerordentlich großzügig bei der Ausweisung von Abbaufeldern für Kies, weinen die Grünen jetzt Krokodilstränen und präsentieren uns eine Woche vor der Europawahl einen Antrag, als hätten Sie nie in Nordrhein-Westfalen regiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Grünen wollen den Transport von Rohstoffen über die Grenze verbieten. Rohstoffe nur noch für den heimischen Bedarf, ein Exportverbot für Kies und damit wohl auch für kieshaltige Betonfertigteile – ist das das Europa der Grünen? Meine Damen und Herren, das ist Protektionismus pur!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denken wir diesen grünen Protektionismus zu Ende. Wenn Nordrhein-Westfalen keine Rohstoffe mehr ins Ausland abgibt, darf Nordrhein-Westfalen konsequenterweise auch keine Rohstoffe mehr aus dem Ausland annehmen: keine Orangen aus Spanien, keine Baumwolle aus Griechenland,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Was für ein Unfug!)

keinen Reis aus Italien.

„Kommt, wir bauen das neue Europa“, heißt es auf den Wahlplakaten der Grünen. Jetzt wissen wir, was die Grünen meinen: Kommt, wir bauen neue Handelsgrenzen in Europa.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die NRW-Koalition verfolgt einen europafreundlichen Ansatz. Wir wollen eine Kiesstrategie für Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel einer Rohstoffgewinnung mit Maß und Mitte. Dazu gehören:

Erstens. Verpflichtende Abgrabungskonferenzen mit den Bürgern zum Kiesabbau, wie sie zum Beispiel im Planungsgebiet der Bezirksregierung Köln erfolgreich durchgeführt und von der Verwaltung des RVR konsequent abgelehnt werden.

Zweitens. Das Abgrabungsmonitoring muss weiterentwickelt und die aktuelle Bedarfsberechnung von Rot-Grün auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu kann man zum Beispiel dem Geologischen Dienst neben dem Überfliegen von Gewässern und der theoretischen Restvolumenberechnung sicherlich exaktere Erfassungsmethoden für die Rohstoffe an die Hand geben, die tatsächlich unter der Wasseroberfläche lagern. Je vollständiger genehmigte Kiesfelder ausgeschöpft werden, desto weniger neue Flächen müssen erschlossen werden.

Drittens. Man muss ausloten, wie man den Anteil an Recyclingmaterial weiter erhöhen kann. Hier müssen alle Register der Materialforschung gezogen werden,

um bundesweit möglichst viel unbelastete Recyclingstoffe auf dem Bau verwenden zu können.

Viertens. Es muss als Ausnahmetatbestand geprüft werden, was gegen den schonenden Abbau von Kies innerhalb der Rheindeiche spricht, um Anwohner und landwirtschaftliche Flächen besser zu schonen. In den Niederlanden wird das bereits praktiziert.

Bei der Gewinnung von Rohstoffen müssen der Schutz der Anwohner, der Schutz von Ackerflächen und Landschaft und der Bedarf der Wirtschaft in einem vernünftigen Gleichgewicht stehen – europakonform und mit Maß und Mitte. Dafür steht die NRW-Koalition. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rehbaum. – Nun spricht Herr Schneider für die SPD-Fraktion.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste des Plenums! Menschen brauchen Kies und Sand zum Bauen. Das ist überhaupt keine Frage. Deutscher Sand für deutsche Baustellen – das wird niemand ernsthaft behaupten, auch die Bürgerinitiativen vor Ort nicht. Worum es heute uns und den Menschen am Niederrhein geht, ist der Unmut gegen den ungebremsten Abbau einer endlichen Ressource. Darum und um nichts weniger geht es; denn das, liebe CDU, zerstört tatsächlich unsere Heimat, die Äcker, die Wiesen und das Land, wie wir es am Niederrhein kennen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Diese Menschen am Niederrhein – das müssen wir hier feststellen – haben aber von der CDU keinen Schutz zu erwarten. Vor diesem Raubbau an der Natur haben sie keinen Schutz zu erwarten.

Ich bin froh, dass meine drei niederrheinischen Kollegen hier versammelt sind. Gerade waren sie noch nicht ganz komplett, jetzt sind sie da. Ich erlebe meine Kolleginnen und Kollegen vor Ort teilweise mit zwei Gesichtern. Ich erlebe, dass sie vor Ort Krokodilstränen weinen und hier im Landtag in Düsseldorf – weit weg von zu Hause – diesen Entschließungsantrag unterschreiben.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das finde ich gut, weil man dann zu Hause auch einmal sagen kann, wie diese beiden Gesichter aussehen.

Deswegen sind wir auch dankbar, dass die Grünen den Anstoß in Form dieses Antrags gegeben haben, zu sagen: Jetzt müssen alle Kolleginnen und Kollegen einmal Farbe bekennen, wo sie stehen. – Denn die Punkte, über die wir hier reden, sind nicht die, die

Sie gerade vorgestellt haben. Das sind alles Nebelkerzen.

(Zuruf von der CDU)

Worüber wir reden, ist die Erweiterung des Planungszeitraums von 20 auf 25 Jahre. Ich habe manche Diskussion mitgemacht. Ich frage immer wieder: Warum? Ich bekomme aber keine Antwort, obwohl das Warum ganz einfach ist, nämlich weil es im Koalitionsvertrag steht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Draußen kann man niemandem erklären, warum es fünf Jahre mehr werden sollen, aber vielleicht werden Sie das

(Zuruf von der CDU)

hier gleich noch im Rahmen der Beantwortung einer Zwischenfrage, in einer Einlassung oder einer Kurzintervention tun. Ich würde mich freuen. Wir haben manches Podium hinter uns, und dazu ist nichts gekommen.

Konzentrationsflächen von Muss auf Kann zu schalten – warum? Auch das hat überhaupt keinen Hintergrund. Wenn man Konzentrationsflächen will, sagt man: „Konzentrationsflächen müssen sein“ und nicht: „Konzentrationsflächen können sein“. Warum Sie es anders machen, werde ich gleich noch sagen.

Zum neuen Begriff der Reservegebiete: Wissen Sie, wie wir das am Niederrhein nennen, wie die Kommunen das nennen? – Auskiesungserwartungsland. Das ist nichts anderes als bereits jetzt schon das Schraffieren von Flächen, bei denen sich die Industrie schon jetzt darauf vorbereiten kann, sie wegzukaufen und sie irgendwann in den folgenden Jahren auszukieseln.

Ein letzter Punkt, der bei Ihnen im Entschließungsantrag fehlt, ist die Bedarfsermittlung. Ja, Rot-Grün hat eine Bedarfsermittlung eingeführt,

(Zuruf von Charlotte Quik [CDU])

die vernünftig, wenn auch nicht perfekt war – überhaupt keine Frage. Aber das ist kein Grund, es jetzt schlechter zu machen und das zu verschlimmbessern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der CDU)

Herr Bergmann, sind die Punkte,

(Unruhe)

die Sie in Ihrem Wahlkreis auch vorgehalten bekommen. In Ihrem Antrag steht aber überhaupt kein Wort dazu. Und das mache ich Ihnen zum Vorwurf.

(Unruhe)

Sie schreiben „Subsidiarität“. Das ist ein wunderbares Schlagwort der CDU. Aber es geht hier nicht um

Subsidiarität, sondern es geht darum, jemandem den Mist vor die Tür zu kippen, nämlich an dieser Stelle dem RVR. Besser wäre – und das fordern wir – eine Rohstoffstrategie für dieses Land. Man sollte das nicht einzelnen Bezirksregierungen, einem Planungsrat zuschieben. Wir haben uns davor gedrückt – überhaupt keine Frage, Herr Minister –, weil wir diese Verantwortung auch gescheut haben. Ich glaube aber, jetzt ist die richtige Zeit, das Ganze einzuführen und es ordentlich zu machen.

(Lachen und Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ja, sollen wir warten, bis wir 2022 auf der Regierungsbank sitzen? Ist das Ihr Vorschlag?

(Unruhe)

– Wunderbar! Eine tolle Vermeidungsstrategie.

Wenn man Verantwortung hat, sollte man sie auch übernehmen, und man muss schauen, wann die Zeit läuft. Fünf Jahre mehr Auskiesung heißt 300 ha. Und Sie sagen allen Ernstes dem RVR: Da könnt ihr trotzdem noch Konzentrationsflächen machen. Das ist überhaupt kein Problem. – Wie soll man diese 300 ha dann ausweisen, meine Damen und Herren? Das ist ein wenig so wie der Vorschlag: „Reise bitte mal in acht Stunden nach New York; dafür musst du nicht das Flugzeug nehmen.“

Das ist – nein, ich will nicht das Wort mit „ars“ drin sagen – Verhohnepipelung. Das ist die Vorspiegelung falscher Tatsachen. Sie werden diese 300 ha nicht ausweisen und dabei komplett Konzentrationsflächen aufrechterhalten können.

Wie ist der Stand der Dinge? Ich habe nur noch eine Minute.

(Zuruf von Charlotte Quik [CDU])

– Melden Sie sich doch gleich, Frau Quik. – Die FDP hat die Ziele in den Koalitionsvertrag geschrieben und nennt das „Entfesselung“. Die CDU muss wider besseres Wissen mitmachen.

(Zuruf von der FDP: Quatsch!)

Ihre Hoffnung ist, dass Sie sich bis zur Verabschiedung des LEP im Juli durchwursteln können und nach dem Beschluss nach Essen und zu anderen Planungsbehörden hingehen können. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Ich spreche Sie konkret an: Sehr geehrte Frau Voßeler, sehr geehrte Frau Quik und sehr geehrter Herr Bergmann, bekennen Sie bitte endlich Farbe. Machen Sie dem Quatsch ein Ende. Entfesselung im LEP heißt, unsere niederrheinische Heimat – ich meine es ernst – zu verkaufen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist verlogen! – Zuruf von Charlotte Quik [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

unsere niederrheinische Heimat an vielen Stellen für immer zu zerstören, daraus Löcher zu machen, in denen niemals wieder etwas entsteht – lassen Sie es dazu bitte nicht kommen.

(Zurufe von der CDU)

– Ich bin lauter. Ich höre Sie nicht aufgrund des Lautsprechers. Das sollten wir dann gleich machen. – Nutzen Sie die Zeit, den LEP bis Juli im Sinne der Ziele im Niederrheinappell zu verändern. Wir als SPD und auch die Grünen sind dazu bereit. Glück auf und Gottes Segen! – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schneider. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Freynick.

Jörn Freynick (FDP): Herr Präsident! Herr Schneider, ich muss erst einmal festhalten, dass ich Ihre Aufgeregtheit in der Form gar nicht verstehen kann.

(René Schneider [SPD]: Wo wohnen Sie denn?)

Denn es gibt immerhin ehemalige SPD-Abgeordnete, die zu uns kommen, die sich an die regierungstragenden Fraktionen wenden und sagen, dass sie gerne mehr für den Kiesausbau tun wollen. Das passt nicht mit dem Bild zusammen, das Sie hier gerade vermitteln.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Als NRW-Koalition nehmen wir die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger in den Kiesabbaugebieten ernst, insbesondere am Niederrhein. Das Ziel einer jeden Rohstoffsicherung muss es sein, Mensch, Umwelt und Natur weitestgehend zu schonen.

(René Schneider [SPD]: Der ist Lobbyist!)

Gleichzeitig sind wir aber immens auf die Gewinnung von natürlichen Rohstoffen in unserem Land angewiesen. Denn fest steht, dass wir mehr bauen müssen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu brauchen wir auch stabile Rohstoffpreise. Unzählige Verkehrswege wie Straßen, Brücken und auch Fahrradwege in NRW haben dringenden Reparaturbedarf oder müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Um verantwortungsvoll mit den Belastungen der Menschen und mit unseren Zielen umzugehen, haben wir Veränderungen im LEP vorgeschlagen. Wo potenzielle Konfliktlagen beim Rohstoffabbau bestehen können, werden wir auch weiterhin Einschränkungen ermöglichen.

Gleichzeitig ermöglichen wir aber auch außerhalb von Konfliktlagen einen flexibleren und vor allen Dingen unbürokratischen Rohstoffabbau. Hierbei habe

ich vollstes Vertrauen in die Regionalräte und Regionalplaner, denen wir für ihre demokratischen Entscheidungen mehr Verantwortung übertragen wollen.

Wenig Vertrauen habe ich allerdings in den Antrag der Grünen. Die Forderung, Versorgungszeiträume auf fünf Jahre für Lockergesteine bzw. auf zehn Jahre für Festgesteine zu beschränken, schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Noch 2016 galt Ihr LEP vom Ende der 90er-Jahre, der die gleichen Versorgungszeiträume vorsah, wie wir sie jetzt anstreben.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU] – Zuruf von René Schneider [SPD])

Selbst in Ihrer Version des jetzt noch gültigen LEPs von 2017 sind es immerhin noch 20 bzw. 35 Jahre. Und jetzt, zwei Jahre später, sollen diese Festlegungen schon wieder derart überholt sein? – Dass Sie sich jetzt an die Seite der Kiesgegner stellen, passt nicht so recht ins Bild.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der CDU und der SPD)

Nahezu jede Kiesgrube der vergangenen 25 Jahre entstand unter rot-grüner Ägide.

Sie fordern des Weiteren eine Bedarfsberechnung für den Kiesabbau für die heimische Wirtschaft. Wie soll das denn berechnet werden? Das herauszufinden, ist nicht nur viel zu kompliziert, sondern mündet gar in Kiesnationalismus, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Genau das fordern Sie: ein Exportverbot.

(Zuruf von der SPD: Ich lache mich kaputt!)

Ja, es stimmt: Der niederrheinische Kies wird auch exportiert, aber nicht nach China oder in die USA, sondern in die direkte Nachbarschaft, in die Beneluxstaaten. Das ist aber nur die halbe Wahrheit; denn Sie verschweigen, dass wir wiederum Betonfertigteile aus dem Beneluxstaaten importieren. Das sind Produkte, die zum Beispiel mit Kies und Sand vom Niederrhein im Ausland hergestellt werden und dann bei uns verbaut werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Schneider?

Jörn Freynick (FDP): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Schneider.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen.

Sie haben eine richtige Bedarfsermittlung gerade als viel zu kompliziert bezeichnet. Ich möchte eigentlich nur kurz und knapp wissen, ob Ihnen bewusst ist, dass vor 14 Tagen ein Rechtsgutachten vorgelegt worden ist, in dem die aktuelle Bedarfsermittlung als nicht verfassungsgerecht dargestellt worden ist.

Es ist deutlich gemacht worden, dass durch diese Art der aktuellen Bedarfsermittlung, die wir gemacht haben – das ist doch überhaupt keine Frage –, eine Beklagbarkeit jedes einzelnen Beschlusses zur Auskiesung möglich ist. Sprich: Die Bedarfsermittlung muss verändert werden, auch wenn sie Ihnen persönlich viel zu kompliziert ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wer hat die denn gemacht? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Jörn Freynick (FDP): Herr Schneider, da habe ich eine Gegenfrage: Wer hat die Bedarfsermittlung so festgelegt, wie sie momentan durchgeführt wird? Wer hat das festgelegt? – Das waren Sie!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von René Schneider [SPD])

Ich sage Ihnen außerdem: Die Bedarfsermittlung ist bereits gerichtlich überprüft worden, und sie ist – so wie sie im Moment stattfindet – rechtens. Von daher ist es sehr fragwürdig, was Sie mit Ihrer Frage jetzt implizieren wollen. Sie haben die Bedarfsermittlung selber gemacht.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von René Schneider [SPD])

Meine Damen und Herren, in drei Tagen ist die Europawahl. Wir haben der Europäischen Union viel zu verdanken. Der freie Warenverkehr in einem Binnenmarkt über die EU-Landesgrenzen hinweg ist ebenfalls ein Teil davon.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von René Schneider [SPD])

Da schaudert es mich, wie Sie hier mit protektionistischen Forderungen kommen, Kies zur nationalen Ressource zu erklären.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von René Schneider [SPD])

Damit schaffen Sie enorme Unsicherheit – sowohl für die Menschen als auch für die Unternehmen. Ich

glaube, das ist Ihnen gar nicht klar. Wir müssen den Unternehmen in unserem Land bei der Versorgung auch die entsprechenden Regelungen an die Hand geben.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke)

Wie soll auf die Weise, wie Sie es sich vorstellen, der enorme Rückstand im Wohnungsbau aufgeholt oder die dringend benötigten Baumaßnahmen in unserer Infrastruktur durchgeführt werden?

Wir werden vor Ort verpflichtende Abgrabungskonferenzen einführen, damit die Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig in die regionalen Planungsprozesse eingebunden werden. Auf diese Weise schaffen wir Transparenz und fördern den gesellschaftlichen Dialog darüber, welche Flächen am besten geeignet sind, welche Flächen die Anwohner am wenigsten beeinträchtigen, und vor allem schaffen wir Klarheit darüber, wie die Entscheidungen zum Rohstoffabbau überhaupt zustande gekommen sind.

Einer stärkeren Inanspruchnahme durch Flächen werden wir entgegentreten. Durch ein überarbeitetes Abgrabungsmonitoring und die Nutzung unternehmerischer Innovation werden wir außerdem die maximale Ausschöpfung von Lagerstätten anstreben.

Auf diesem Weg schaffen wir einen Ausgleich von Versorgungs- und Schutzinteressen für die Menschen und die Regionen in NRW. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Freynick. – Jetzt spricht Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Sie, liebe Grüne, hier fordern, ist Rohstoffnationalismus: deutsche Rohstoffe nur für Deutsche. – Ist das wirklich Ihr Ernst?

(Sven Wolf [SPD]: Das ist doch eigentlich die Grundlage Ihrer Politik!)

Sie wollen keine Rohstoffe mehr für den Export: keinen Kies, keinen Sand mehr für die Niederländer, keinen Kies, keinen Sand mehr für die Niedersachsen, für die Hessen. Das ist eine Abschottungspolitik wie von Donald Trump. In was für einer Welt leben Sie eigentlich? Die ganze Welt gedeiht aktuell aufgrund wunderbarer Handelsbeziehungen, während Sie sich abschotten wollen.

Soll das eigentlich auch für andere Länder gelten? Dürfen die sich auch abschotten, Herr Becker? Was ist mit dem Kongo?

(Bodo Löttgen [CDU]: Was ist mit Ibiza?)

Was ist, wenn die nur noch so viel Kobalt fördern, wie das für den heimischen Markt notwendig ist? Was ist mit China, wenn die nur noch so viel Neodym fördern, wie das für den heimischen Markt notwendig ist? Dann gäbe es kein einziges Elektroauto in Deutschland, es gäbe kein einziges Windrad in Deutschland, weil wir die Rohstoffe gar nicht hätten, Herr Becker.

Oder: Was erzählen Sie Ihrer Grünenwählerin, die eine Granitplatte aus Italien für die Küche oder die italienischen Marmor für ihren Fußboden haben möchte, wenn die Italiener nur noch für ihren eigenen Markt Rohstoffe nutzen?

Ist es okay, wenn Deutschland andere Länder in Bezug auf die Rohstoffe ausbeutet, und das zum Teil mit Kinderarbeit wie im Kongo? Zu Hause sauber und moralisch bleiben, aber die Kinderarbeit und die Zustände in anderen Ländern dulden. Vor Ort werden die Lebensgrundlagen dieser armen Menschen zerstört, damit Sie hier schön Elektroauto fahren können, was Sie auch noch fördern.

Aber bleiben wir in NRW. Sie schüren Zweifel an der Bedarfsermittlung vom Geologischen Dienst – der gleiche Dienst, den Sie sonst nutzen, um zum Beispiel Geothermiegebiete zu ermitteln. Zudem hat sich bereits das Verwaltungsgericht in Düsseldorf mit der Methodik der Bedarfsermittlung beschäftigt. Natürlich gibt es, Herr Schneider, immer wieder neue Gutachten, aber ab und zu muss man auch mal auf die Gerichte hören. Das Gericht kam am 19.02. dieses Jahres zu der Auffassung, dass die Methodik hinreichend geeignet und sachgerecht ist.

Sie aber zweifeln dieses Verfahren weiterhin an. Mit dem Schüren solcher Zweifel sorgen Sie dafür, dass immer weniger Menschen Vertrauen in die Politik haben. Sie wollen letztendlich den Rohstoffabbau begrenzen. Doch was würde das für NRW, für Deutschland bedeuten? Bereits jetzt besteht eine Rohstoffknappheit in NRW, sodass Bauvorhaben immer teurer werden.

Sie und vor allen Dingen Ihre Kollegen von der SPD haben die Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten zugrunde gerichtet. Sie haben den Wohnungsmarkt systematisch durch teure Bauvorschriften zerstört. Die Folge sind aktuell marode Straßen, fehlende Wohnungen, alte Brücken, alte Schulgebäude usw.

Es fehlt an allen Ecken und Kanten, und Sie wollen den Baufirmen jetzt auch noch die Rohstoffe wegnehmen. Ist das wirklich Ihr Ernst, Herr Becker? Dabei haben Sie doch selbst Anträge gestellt, um den Wohnungsbau voranzutreiben. Weiß die linke Hand bei Ihnen nicht mehr, was die rechte Hand tut?

Auch Ihre Forderung nach einem Recycling der Baustoffe läuft ins Leere; denn bereits jetzt gibt es hohe Recyclingquoten, zum Beispiel im Straßenbau. Dort gäbe es aber natürlich auch noch kleine Steigerun-

gen. Vielleicht schauen Sie sich dafür noch mal unseren Antrag von der AfD zum Kaltasphaltrecycling an, den Sie im letzten Jahr abgelehnt haben.

Gerade in Zeiten des weltweiten freien Handelns ist Ihr Antrag ein Schritt in vergangene Zeiten des Protektionismus. Wir allerdings wollen eine freiheitliche Politik für unsere Bürger und lehnen Ihren Antrag deshalb ab. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten heute schon sehr wichtige Debatten, zum Beispiel zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir haben uns auch über den Wohnungsmarkt und über die besondere Notwendigkeit, für bezahlbaren Wohnraum Sorge zu tragen, ausgetauscht.

Wir haben Ihnen vor einigen Monaten aufgrund neuer statistischer Erhebungen die eigentlich sehr positive Nachricht übermitteln können, dass Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren nicht, wie früher einmal zu erwarten war, schrumpfen wird, sondern dass Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren weiter wachsen wird. Es gibt weiteren Wohnraumbedarf. Es gibt den Bedarf, die Straßen, die Brücken, die Gebäude, Schulen, Hochschulen und andere Einrichtungen in diesem Land zu ertüchtigen. Das ist Gegenstand vieler Debatten hier im Hohen Haus.

Ja, meine Damen und Herren, wenn wir das alles wollen, wenn wir wirklich für bezahlbaren Wohnraum, für die Infrastruktur, für moderne Gebäude sorgen wollen, dann müssen wir auch zulassen, dass in diesem Land, in Nordrhein-Westfalen, die dafür notwendigen Rohstoffe verfügbar bleiben, damit wir das für die Menschen hier organisieren können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nichts anderes haben CDU und FDP in ihren Überlegungen zur Änderung des LEPs an dieser Stelle verankert. Sie blicken einfach weiter in die Zukunft als die Vorgängerregierung, die sich sozusagen selbst beschnitten hat, obgleich in der Wirkung – in Bezug auf ihren Kritikpunkt – gar kein Unterschied besteht; denn die Bedarfsermittlung für die Auskiesung ändert sich an dieser Stelle nicht. Die wird von uns genauso durchgeführt, wie Sie das über alle die Jahre gemacht haben,

(Bodo Löttgen [CDU]: Eben! Bis 2016!)

wie wir es davor gemacht haben und wie es die Vorgängerregierung Rot-Grün davor gemacht hat; da gibt es überhaupt keine Veränderung. Jetzt gehen Sie hin und wollen den Abbauperiodenraum auf Druck der Grünen von 25 auf 20 Jahre ändern. Das löst aber nicht Ihr Problem;

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

denn dadurch, dass Sie die Bedarfsermittlung so durchgeführt haben, müssen Sie es häufiger anpassen. Sie schaffen weniger Planungssicherheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das Einzige, was Sie dadurch erreichen. Also, das ist wirklich Kulissenschieberei. Das muss man hier auch mal in aller Klarheit sagen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das bringt uns in der Sache nicht weiter.

In der Sache weiter – dafür bin ich als Vertreter der Landesregierung sehr dankbar – bringt uns aber das, was die Koalitionsfraktionen hier eingebracht haben. Ich halte das für absolut zielführend. Natürlich ist die Regionalplanung in der Verantwortung; da gehört sie auch hin. Natürlich wollen wir vor Ort und in den Regionen, wo die Menschen die Belange besser übersehen können, die Verantwortung sehen. Das kann nicht nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ laufen. Wir können nicht sagen: „Wir wollen mehr kommunale Selbstverwaltung, wir wollen den Menschen in den Regionen mehr Entscheidungsmöglichkeiten geben“, und wenn wir es ihnen einräumen, wird das kritisiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nein, das muss wahrgenommen werden. Wir allerdings können das unterstützen, und da sind wir sehr offen und auch dankbar, wenn uns der Landtag einen solchen Auftrag gibt.

Ich halte es auch für absolut zielführend, Abgründungskonferenzen durchzuführen. Es ist interessant zu hören – das kann Herr Deppe für den Regionalrat Köln sicherlich genauso bestätigen wie die Kolleginnen und Kollegen, die das aus dem Regionalbereich Arnsberg kennen –, warum das viele in Nordrhein-Westfalen schon machen. Nur, der Regionalverband, der gerade diese bemerkenswerten Kritiken übt, hat das bisher nicht angewendet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum setzt man sich nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen zusammen und klärt das von vornherein? Hier können wir auf jeden Fall die Bedingungen verbessern und auch besser zu einem Ausgleich beitragen.

Das Gleiche gilt für die Ausschöpfung der Rohstoffmächtigkeit. Da wurde direkt von Herrn Becker gesagt: Das geht auch nicht, da wäre irgendetwas mit

dem Wasser. – Lassen Sie uns das doch erst mal prüfen, wenn der Geologische Dienst zu dem Ergebnis kommt, dass da noch Reserven liegen, die es vermeiden helfen, zusätzliche Flächen neu zu erschließen! Warum schauen wir uns das nicht mal an und leisten dadurch einen Beitrag, um auch hier die Interessen besser zum Ausgleich zu bringen?

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein letzter Gedanke an die Fraktion der Grünen

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] – Gegenrufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

zum Rohstoffnationalismus wenige Tage vor der Europawahl: Ich habe die Grünen bisher so verstanden, dass sie proeuropäisch und über die Grenzen von Bundesländern hinaus politisch denken und handeln. Ich habe übrigens in der Diskussion über die Zukunft der Energiepolitik, die wir heute früh geführt haben, von den Umweltverbänden, auch von den Grünen, gelernt, dass argumentiert worden ist, man könne noch viel schneller aus der Kohle aussteigen; denn man solle die Energiepolitik nicht national, sondern europäisch betrachten. Das wird von Ihrer Partei mit vorgetragen.

Jetzt stellen Sie sich mal für einen kleinen Moment vor, dass unsere Nachbarländer sagen können: Wenn sich die Deutschen selbst von der Kohle trennen und die Kernenergie abschalten, dann können wir sie damit in Zukunft nicht beliefern. – Was wäre denn dann? – Dann würde jedenfalls die Energiewende nicht funktionieren. Das kann ich Ihnen schon jetzt voraussagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich noch einmal Herr Becker zu Wort gemeldet. Er hat noch anderthalb Minuten; die wird er sicherlich auch nutzen wollen.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Minister, ich weise den Vorwurf der Kulissenschieberei aufs Schärfste zurück.

(Zurufe: Och!)

Die Kulissenschieberei ist von Ihnen gekommen. Die Kulissenschieberei ist bei einem Punkt gekommen, an dem Sie diesem Hohen Haus verschweigen, dass die Holländer selber eine absolut restriktive Kiespolitik betreiben und die Initiativen längst nachgewiesen haben, dass der Kies vom Niederrhein nach Antwerpen und Rotterdam in die Häfen geht und nach Übersee exportiert wird. Das ist Kulissenschieberei.

Ich sage Ihnen das bei einem weiteren Punkt. Es ist Kulissenschieberei, wenn Sie das auf den RVR

schieben. Die Bindungswirkung geht von diesem LEP aus.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein!)

Sie streichen die obligatorischen Konzentrationszonen, und Sie verlängern die Versorgungszeiträume. Wenn das so egal wäre, wie Sie eben gesagt haben, müssten Sie es ja nicht tun. Sie machen es, weil Sie mehr Abgrabungen zulassen wollen. Das ist Ihre Strategie! Das ist die Strategie der FDP und auch der CDU!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hovenjürgen?

Horst Becker (GRÜNE): Selbstverständlich, außerordentlich gerne, von diesem Kollegen sowieso. Das ist eine Vorlage.

Vizepräsident Oliver Keymis: Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Lieber Kollege, wenn Sie sich so freuen, will ich dieser Freude auch gerne entsprechen. Stellen Sie doch dem Hohen Haus mal dar, warum bis heute gerade Ihr Kollege Tönnies im RVR keine Grabungskonferenz durchgeführt hat und nicht mit den Menschen vor Ort gesprochen hat. Warum hat es den Dialog nie gegeben? Warum ist der RVR der einzige Bereich, der keine Grabungskonferenz durchgeführt hat?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Horst Becker (GRÜNE): Herr Hovenjürgen, ich danke Ihnen außerordentlich für diese Zwischenfrage, weil sie mir Gelegenheit gibt, jetzt etwas ausführlicher zu antworten. Sie wissen vielleicht nicht, dass ich 25 Jahre sowohl dem Bezirksplanungsrat als auch dem Regionalrat Köln angehört habe und mich in dieser Zeit mit diesen Fragen – unter anderem mit Vorgebirge – sehr intensiv beschäftigt habe.

Ich sage Ihnen in aller Ausführlichkeit und Klarheit, dass ein Fehlen der obligatorischen Konzentrationszonen mit Eignungswirkung, also genau das, was Sie jetzt streichen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein, das haben wir nicht gestrichen! Das ist falsch!)

dazu führen wird, dass sich jedes Unternehmen, das das möchte, einklagen kann. Da nützt Ihnen keine Abgrabungskonferenz irgendetwas.

(Widerspruch von der CDU – Unruhe – Glocke)

Da nützen Ihnen keine Gespräche irgendetwas. Das ist die Rechtslage. Und das ist auch schon in verschiedenen Fällen an anderen Stellen passiert.

(Zurufe von der CDU)

– Ich sehe, dass Sie ertappt sind.

Sie öffnen damit ein Scheunentor für sich einklagende Abgrabungsunternehmen. Das wissen Sie ganz genau. Genau deswegen bauen Sie das Potemkinsche Dorf RVR auf, in dem übrigens Sie, Herr Hovenjürgen, jemand sind, der die Mehrheit mitgestaltet. Gestalten Sie die Mehrheit! Sie haben nämlich dort die politischen Mehrheiten. Machen Sie das doch! Sie wollen sich immer hinter einem Planer verstecken und machen das nicht.

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jetzt sage ich Ihnen in Beantwortung Ihrer Zwischenfrage noch eines, weil ich sehe, wie Sie reagieren und wie Sie ertappt sind.

In Beantwortung Ihrer Zwischenfrage: Wir werden ja sehen, was passiert. Die Beschleunigung des Kiesabbaus am Niederrhein steht unweigerlich vor der Tür und wird in den nächsten Jahren sichtbar werden.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wenn die Planungen dieser Landesregierung zum LEP berücksichtigt werden

(Zurufe)

und Sie davon nicht Abstand nehmen, wird das passieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, noch etwas zum Nationalismus, weil das ja wunderbar ist. Man kann auf der einen Seite sagen, man brauche für die heimische Wirtschaft die Rohstoffe, und kann auf der anderen Seite nicht zur Kenntnis nehmen, dass diese Rohstoffe im Moment überwiegend exportiert werden.

Beides geht nicht. Heimat schützen, Rohstoffe exportieren und sie zugleich in der heimischen Wirtschaft haben wollen, das geht nicht zusammen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Unglaublich!)

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz an die AfD richten. Ich bin immer sehr begeistert davon, wie Sie sich hier so aufplustern und hinterher Videos machen. Das Video von Herrn Loose wird am Niederrhein der Renner. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Becker. – Besagter Herr Loose hat sich für die AfD-Fraktion noch mal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Loose. Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke)

Herr Becker, Sie haben es eigentlich nur noch schlimmer gemacht. Ganz ehrlich: Wir machen Politik für alle in Deutschland,

(Bodo Löttgen [CDU]: Aha!)

und nicht für eine Region in Deutschland.

(Carsten Löcker [SPD]: Das ist mir aber neu, Herr Kollege!)

Was Sie hier fordern, ist der Kalte Krieg des Rohstoffs. Sie sagen, dass sich die Niederländer abschotten, und dann wollen Sie das auch. Das ist wie im Kalten Krieg, nur führen Sie den jetzt mit Rohstoffen, anstatt wie üblich mit Waffen aufzurüsten.

Wenn Sie Heimat schützen wollen, dann sollten Sie die Heimat nicht mit Ihren Windrädern zuspargeln, nicht die Vögel schreddern, nicht die Insekten vernichten und auch nicht unsere Landschaft und unsere Heimat zerstören. Herr Becker, das, was Sie hier machen, ist doppelzüngig. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung, erstens über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/6242. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/6242.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung zu dem Antrag beantragt. Nach Abs. 2 des § 44 erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Der Kollege Schmitz wird die Namen einzeln aufrufen, und er beginnt jetzt damit. Ich darf darum bitten, dass es im Saal wieder etwas ruhiger wird. Am besten machen Sie das, was Herr Hovenjürgen gerade gemacht hat. Sie stecken sich ein Bonbon in den Mund – das hilft –

(Heiterkeit)

und antworten dann mit Ja, Nein oder Enthaltung, wenn Sie gefragt sind. – Herr Schmitz, Sie haben das Wort. Bitte schön.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Vielen Dank. – Alle Abgeordneten haben ihre Stimme abgegeben. Wir haben auch noch einmal bei

denjenigen nachgefragt, deren Abstimmungsverhalten offen war. Das ist der Stand.

Ich schließe die Abstimmung und bedanke mich vor allen Dingen für die relative Ruhe bei der Abfrage. Vielen Dank dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bitte die Schriftführer, zunächst an ihrem Platz zu bleiben. Für den Fall, dass Sie schon aufgestanden sind, Herr Engstfeld, bleiben Sie an Ihrem Platz, weil wir die Auszählung nach der letzten Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt durchführen. So ist das korrekt, und deswegen machen wir das auch. Wir haben auch noch über zwei Entschließungsanträge abzustimmen. Über diese werden wir jetzt gemeinsam entscheiden, und anschließend werden wir zur Auszählung des Antrags schreiten.

Zweitens entscheiden wir jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6324. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Die grüne Fraktion. Insofern ist das Ergebnis eindeutig. Der **Entschließungsantrag Drucksache 17/6324** ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Drittens entscheiden wir über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/6351. Wer möchte sich diesem Entschließungsantrag anschließen? – CDU, FDP, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten schließen sich dem Entschließungsantrag an. Wer schließt sich nicht an? – Die SPD und die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Gleichwohl ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/6351** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **angenommen**.

Nun bitte ich die Schriftführer, das Ergebnis über die namentliche Auszählung auszuzählen. Mit Ihrem Einverständnis setzen wir die Tagesordnung fort und geben das Ergebnis später bekannt.

Ich rufe auf:

7 Kapitulierte Rechtsstaat in Nordrhein-Westfalen vor den Besetzern des Hambacher Forstes?

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6266

Entschließungsantrag
der fraktionslosen Abgeordneten
Langguth, Neppe und Pretzell
Drucksache 17/6353

Am Pult steht der Abgeordnete Röckemann bereit, und der hat jetzt das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Thomas Röckemann (AfD): Kaum komme ich, schon laufen Sie?

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

Na gut.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hambacher Forst ist für die linke Szene und für die mit ihr untrennbar verbundenen Leitmedien ein Synonym für den Protest des scheinbar Guten im Kampf gegen das angeblich Böse.

Vermeintlich harmlose und friedfertige Mitmenschen demonstrieren für eine bessere Umwelt, für Demokratie, Freiheit und Sonnenschein. Dagegen steht der Staat mit seiner Machtfülle, angefangen von Ministerpräsidenten Laschet mit Innenminister Reul bis hin zum schwerbewaffneten, gepanzerten Bereitschaftspolizisten.

Nicht wahr, meine Damen und Herren Kollegen der Altparteien – da geht das Herz eines jeden Klassenkämpfers auf, das weckt Erinnerungen an Wackersdorf, Gorleben, Hausbesetzungen und den Kampf gegen rechts! Zum Feierabend in Schlappen noch ein paar Schilder der AfD heruntergerissen, wie unlängst ein evangelischer Pastor in Minden – das schafft Glücksmomente, so im Kleinen, sozusagen im Geheimen; da passiert schon nichts, das wird schon eingestellt; sonst schnell noch einen Stammtisch gegen rechts mit der örtlichen Antifa einbestellen, und schon werden Täter zu Opfern.

Der Hambacher Forst ist die Spitze des Eisbergs eines grundfalschen staatszersetzenden und staatsfeindlichen Verhaltens. Der Hambacher Forst ist das Symbol eines ungeheuren Staatsversagens, der Hambacher Forst ist Tatort; die dort zu beklagenden Opfer sind neben der RWE AG Hunderte Anwohner und Polizisten sowie nicht zuletzt unser Gesetz, unser Recht und unsere Ordnung.

Die dort agierenden Täter – die weibliche Form erspare ich uns aus Zeitgründen – sind hochkriminelle Linksextremisten, ebenso deren Schutzpatrone in den alten Parteien. Dazwischen sitzt nach der Kraft, nunmehr die Laschet-Regierung und hält Maulaffen feil. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, FDP, SPD und den Grüninnen ließen die selbsternannten Klimaaktivisten schier endlos gewähren.

Aleine von Oktober 2018 bis Ende Januar 2019 gab es im Hambacher Forst und in den angrenzenden Ortschaften rund 1.500 Polizeieinsätze. Dabei beschossen Linksextremisten RWE-Mitarbeiter und Polizeibeamte mit Stahlkugeln. Sie warfen Stein- und Brandsätze auf die Beamten, Einsatzkräfte fanden mit Schrauben gefüllte Sprengbomben vor. In perverser Ekligkeit kippten die Täter ihre eigenen Fäkalien auf Beamte und RWE-Mitarbeiter. Das sind Ihre sogenannten Kohlegegner, das sind Ihre selbsternannten Klimaaktivisten. Meine Damen und Herren, das